

Bergarbeiterbewegung und Sozialdemokratie an der Ruhr vor und nach dem Streik von 1889

Gerhard Pomykaj

Der Streik im Mai 1889 und die sich wenige Monate später anschließende Gründung einer Bergarbeitergewerkschaft markieren einen Wendepunkt in der Geschichte der Bergarbeiterbewegung an der Ruhr. Beide Ereignisse signalisierten einer überraschten Öffentlichkeit, daß ihr Bild vom autoritätsgläubigen Bergmann, der weitgehend kritiklos den Anweisungen der Bergwerksbesitzer wie der staatlichen Obrigkeit folgte, einer Korrektur bedurfte. Auch die Sozialdemokratie hatte den Bergarbeitern eine so vehemente Artikulation ihrer Interessen nicht zugetraut; offensichtlich fasziniert, zählte der „Sozialdemokrat“ den „Riesenstreik der westfälischen Bergarbeiter“ zu den „gesellschaftlichen Natur-Ereignisse(n), welche die Unwiderstehlichkeit der elementaren Kräfte beweisen, die im Schoße der modernen Gesellschaft schlummern“. Die Bewunderung, das Erstaunen, die Bestürzung, die die schnelle Ausbreitung des Streiks je nach politischer Einstellung und ökonomischer Interessenlage hervorrief, werden nur auf dem Hintergrund der Entwicklung verständlich, die die Bergarbeiterschaft bis 1889 vollzogen hatte.

Die Entwicklung der Bergarbeiterschaft bis zum Ende der 1880er Jahre

Mit dem Jahre 1766 begann im Zuge des merkantilistischen Wirtschaftsaufbaus eine fast hundert Jahre währende Periode des staatlich kontrollierten Bergbaus an der Ruhr, in der sich ein eigenständiger Bergmannsstand herausbildete. Die Bergwerksbesitzer spielten in diesem Zeitraum kaum mehr als eine Nebenrolle, allerdings erhielten sie weiterhin die erwirtschafteten Gewinne bzw. mußten die entstandenen Verluste begleichen. Der preußische Staat begnügte sich nicht allein mit der Leitung der Betriebe, sondern er stattete die Knappen auch mit einer Reihe von Sonderrechten aus, die auf die Schaffung eines qualifizierten Bergmannsstandes abzielten. Zwar entfielen im Laufe der Zeit einige Privilegien oder sie wurden durch neue Gesetze gegenstandslos, doch verblieben den Knappen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts eine Anzahl von Vergünstigungen, die ihnen innerhalb der neu entstehenden Industriearbeiterschaft eine Sonderstellung einräumten. Die Sozialversicherung der Knappschaft, die Festsetzung eines Minimallohnes, die Achtstundenschicht und eine besondere Sicherung des Arbeitsplatzes, falls man sich an diesen band, verschafften ihnen wirtschaftliche Vorteile und eine soziale Sicherung, für die sie den verlangten Treueid zu leisten bereit waren. Es entwickelte sich im Laufe der Zeit eine feste Bindung an den preußischen Staat; der Gehorsam dem Monarchen gegenüber wurde zu einem festen Bestandteil des bergmännischen Denkens. Auch wenn den Bergtagelöhnern die Vorrechte der Knappen verschlossen blieben, konnte während dieser Periode unter den Bergleuten ein besonderes Standes- und Traditionsbewußtsein Wurzeln schlagen, das sich an Feiertagen in Uniform, Fahnen und Umzügen symbolhaft der Öffentlichkeit präsentierte.

Als nach jahrzehntelangem Drängen den Bergwerksbesitzern ab 1851 schrittweise bis 1865 die volle Verfügungsgewalt über ihre Gruben zurückgegeben wurde, büßten die Knappen ihren Sonderstatus ein; damit hatte die Phase der Proletarisierung im Bergbau begonnen. Obwohl die Sozialversicherung der Knappschaft, die nun als Pflichtversicherung alle Bergarbeiter umfaßte, bestehen blieb und die staatliche Bergbehörde weiterhin die Sicherheitsvorschriften und die Arbeitsordnungen überwachte, war der Bergarbeiter jetzt wie andere Lohnarbeiter den Unsicherheiten des kapitalistischen Arbeitsmarktes und einer weitgehend uneingeschränkten Unternehmerherrschaft ausgeliefert. Neben dem Statusverlust, der bei den ehemals privilegierten Bergleuten ein Gefühl der Entrechtung hervorrief, sahen sich die Bergarbeiter mit einem tiefgreifenden Strukturwandel konfrontiert. Im Zuge eines rasanten Aufschwunges des Bergbaus nach 1850 und aufgrund des Einsatzes neuer Techniken verdrängten die im Tiefbau betriebenen Großzechen immer mehr die überschaulichen kleinen Kohlengruben aus der Anfangszeit des Steinkohlenbergbaus. Der persönliche Kontakt zu den Vorgesetzten ging verloren; die von den Bergwerksbesitzern angestellten Betriebsführer und Steiger, die die Arbeit zu überwachen und den Lohn festzusetzen hatten, zogen sich durch ihr gerade in Krisenzeiten häufig arrogantes Auftreten und ihre scharfe

Vorgehensweise den Zorn der Bergleute zu. Der hohe Arbeitskräftebedarf konnte bald nicht mehr durch die nähere Umgebung befriedigt werden; seit 1870 kam auf gezielte Anwerbungen hin eine ständig größere Zahl von ostdeutschen Landbewohnern, die teilweise polnischer Abstammung waren, in das Ruhrgebiet. Es fiel ihnen schwer, sich in den neuen Arbeits- und Lebensbedingungen zurechtzufinden; ihre Anspruchslosigkeit und eine lange Gewöhnung an hierarchische Unterordnung verhinderten in der Anfangszeit ein bewußtes Aufbegehren dieser neuen Bergarbeiter. Die einheimischen Bergarbeiter verfolgten die Einwanderung aus dem Osten mit großem Mißtrauen. Man sah in den Neuankömmlingen ungebetene Konkurrenten um und am Arbeitsplatz, die zudem die Wünsche der alteingesessenen Bergleute nach Wiederherstellung des alten Sozialstatus immer illusorischer werden ließen. Die zunächst entstehenden Konflikte zwischen den traditionsgebundenen Bergleuten und den Zuwanderern aus dem Osten verzögerten ohne Zweifel die Entstehung eines alle Bergarbeiter umfassenden Solidaritätsbewußtseins, das eine notwendige Voraussetzung für ein erfolgversprechendes Vorgehen gegen die Unternehmer war. Demgegenüber organisierten sich die Grubenbesitzer bereits 1858 im „Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund“ (Bergbauverein).

Erste Ansätze einer Bergarbeiterbewegung zeichneten sich seit den 1850er Jahren ab. Die Bergleute fanden sich in konfessionell gebundenen oder freien Knappen- und bergmännischen Arbeitervereinen zusammen. Sie dienten zwar vor allem der Geselligkeit und Traditionspflege, doch boten sie daneben den Rahmen, in dem durch Diskussionen gemeinsame Interessen gefunden werden konnten. In den 1860er und 1870er Jahren gingen vorwiegend von den katholischen Arbeiter- und Knappenvereinen des Essener Reviers rege Aktivitäten aus. Sozialpolitisch engagierte junge Kapläne, die im Regelfall den Vorsitz innehatten, machten sich zu Fürsprechern der Bergarbeiter und verbanden eine teilweise scharfe Kapitalismuskritik mit der Forderung nach der Neuerrichtung einer berufsständisch organisierten Gesellschaftsordnung. Dieses christlich-soziale Programm entsprach den Vorstellungen der vielfach noch standesbewußten katholischen Bergarbeiter. Evangelische Bergleute, die im Dortmunder Revier überwogen, bildeten die Mehrheit in den freien Knappenvereinen, in denen erstmals – wenn auch sehr langsam – sozialistische Strömungen Fuß fassen konnten. Die evangelischen Knappenvereine erlangten hingegen keine größere Bedeutung und fügten mit ihrem unternehmerfreundlichen Kurs der Bergarbeiterbewegung mehr Schaden als Nutzen zu. Mehrheitlich votierten lange Zeit die evangelischen Bergarbeiter freiwillig oder unter dem Zwang der Bergwerksbesitzer für die liberalen Parteien, während die katholischen dem Zentrum ihre Stimme gaben. Die religiös-politischen Differenzen verhinderten immer wieder eine geeinte, entschlossen vorgehende Bergarbeiterbewegung.

Die Zurückerkämpfung der alten Rechte prägte die ersten Aktionen der noch in den Kinderschuhen steckenden bergmännischen Interessenvertretung. So sandte man an die Bergbehörde oder direkt an den preußischen König Bittgesuche, die auf die Wiederherstellung des alten Sozialstatus drängten;

diese Petitionen stießen aber nur auf Ablehnung. Die Erfolglosigkeit des ersten umfassenderen Streiks 1872, an dem sich rd. 21 000 Bergarbeiter vor allem des Essener Reviers beteiligten, vermittelte die Einsicht, daß die Knappenvereine mit ihrer lokalen Begrenztheit und unterschiedlichen Ausrichtung für eine erfolgsversprechende Auseinandersetzung mit den kompromißlos vorgehenden Grubenbesitzern keine ausreichende Organisationsform darstellten. Der unter eindeutig gewerkschaftlicher Zielsetzung gegründete „Verband rheinisch-westfälischer Grubenarbeiter zur Wahrung berechtigter Interessen des Bergarbeiterstandes“ führte erstmals Christlich-Soziale, Sozialdemokraten – vornehmlich der lassalleianischen Richtung – und am Rande auch Evangelisch-Soziale zusammen. Doch das preußische Handelsministerium bereitete dem Verband ein rasches Ende, indem es ihm die notwendige Genehmigung der Statuten verweigerte. Nach einigen erfolglosen Einigungsbemühungen in den folgenden Jahren ergriff eine Gruppe von Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen 1878 erneut die Initiative. Obwohl eindeutig die politische und religiöse Neutralität in den Statuten des „Verbandes rheinisch-westfälischer Bergleute“ verankert war und der christlich-sozial orientierte Bergmann Rosenkranz zum Vorsitzenden gewählt wurde, bezog der geistliche Führer der Christlich-Sozialen, Kaplan Laaf, der über großen Einfluß auf die katholische Bergarbeiterschaft verfügte, massiv Stellung gegen die Neugründung. Für ihn war die Abwehr der atheistischen Sozialdemokratie eine vorrangige Aufgabe, an der er auch die Gründung einer einheitlichen Bergarbeitergewerkschaft scheitern lassen wollte. Der Beschluß der Grubenbesitzer, keine Verbandsmitglieder zu beschäftigen, die behördliche Ablehnung der Statuten und das Sozialistengesetz versetzten dann diesem letzten Versuch vor 1889, die gespaltene Bergarbeiterbewegung in einer Gewerkschaft zu vereinen, den endgültigen Todesstoß.

Die durch das Sozialistengesetz erzwungene Zurückhaltung der Sozialdemokratie schwächte auch die Bergarbeiterbewegung. Denn obgleich die sozialdemokratischen Kandidaten vor allem wegen der Religionsfeindlichkeit ihrer Partei unter den Bergarbeitern nur wenige Wähler fanden – die Wahl in Dortmund 1877 bildet eine gewisse Ausnahme –, so waren doch in den 1870er Jahren einzelne Sozialdemokraten wie L. Schröder, D. Eckardt und andere maßgeblich an den Bemühungen um eine Bergarbeitergewerkschaft beteiligt. Nach 1878 blieb es zunächst allein den Christlich-Sozialen vorbehalten, mit Hilfe von Petitionen, Versammlungen, Zeitungsartikeln usw. auf die miserable Lage der Bergarbeiter aufmerksam zu machen.

Hatten somit die Gegensätze innerhalb der Bergarbeiterschaft, das scharfe Vorgehen der Unternehmer, die Verbote von Seiten des preußischen Staates und das Sozialistengesetz eine schlagkräftige Interessenvertretung der Bergarbeiter verhindert, so drängte eine 1874 beginnende, langanhaltende Bergbaukrise, deren Auswirkungen Ende des Jahrzehnts immer fühlbarer wurden, die Bergarbeiterbewegung vollends in die Defensive. Die Bergwerksbesitzer nutzten die Angst der Bergarbeiter nicht allein dazu aus, die Löhne zu drücken, sondern sie verschärften auch die innerbetriebliche Kontrolle.

Schon geringfügige Verstöße gegen die Arbeitsordnungen ahndeten die Steiger auf Geheiß der Unternehmer mit hohen Geldstrafen. Ohne feste Organisation im Rücken unterwarfen sich die Bergarbeiter weitgehend resignierend den Anordnungen der Grubenbesitzer bzw. gaben durch Bummeln, Blaumachen, Arbeitsplatzwechsel usw. ihrer Unzufriedenheit Ausdruck.

In dieser Situation waren die Bergarbeiter natürlich darauf bedacht, daß ihr letztes Stück sozialer Absicherung, nämlich das Knappschaftswesen, nicht auch noch beschnitten wurde. Obwohl nach dem Statut Grubenbesitzer und Vertreter der Bergarbeiter, die Knappschaftsältesten, gleichberechtigt die Knappschaften beaufsichtigen sollten, war es den Unternehmern mit Hilfe des Wahlsystems gelungen, ihnen genehme Knappschaftsälteste in die Vorstände zu berufen. Da sie im allgemeinen den Vorschlägen der Unternehmer zustimmten, erhielten die Knappschaftsältesten bald den Spitznamen „Nickebrüder“. Als nun die Beiträge, die die Bergleute zu entrichten hatten, immer weiter anstiegen, während die Leistungen sanken, breitete sich eine starke Unruhe unter den Bergleuten aus, die die Knappenvereine aktiv werden ließ. Der Redakteur der katholischen „Westfälischen Volkszeitung“ J. Fusangel unterstützte maßgeblich diese Aktivitäten, so daß 1886 unter seinem Vorsitz der „Rechtsschutzverein für die bergmännische Bevölkerung im Oberbergamtsbezirk Dortmund“ entstand, der seine Mitglieder bei Streitigkeiten mit den Knappschaften vor Gericht vertrat. Der organisatorische Aufbau zeigte durchaus Ähnlichkeiten mit dem einer Gewerkschaft, aber die begrenzte Aufgabenstellung und vor allem das Ausbleiben evangelischer Mitglieder verhinderten den Ausbau zu einem umfassenden Bergarbeiterverband.

Unmittelbare Vorgeschichte des Streiks

Mit dem im Herbst 1887 einsetzenden Konjunkturaufschwung, der eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften auslöste, und durch eine „mildere“ Handhabung des Sozialistengesetzes seit 1888 verbesserten sich merklich die Rahmenbedingungen für die Bergarbeiterbewegung an der Ruhr. Von den freien Knappenvereinen des Dortmunder Reviers ging 1888 eine neue Agitation zur Knappschaftsfrage aus, die bereits der unmittelbaren Vorgeschichte des 1889er Streiks zuzurechnen ist. Hauptinitiatoren waren die Sozialdemokraten Schröder, Bunte und Siegel; Bunte war Vorsitzender des Dortmunder Knappenvereins „Glück-Auf“, während Siegel den Dorstfelder Knappenverein leitete. Sie erhielten allerdings in Essen Unterstützung von Eckardt und in Gelsenkirchen von Brodam; außerdem stand ihnen mit dem alten Lassalleaner Tölcke der erfahrendste Sozialdemokrat im Ruhrgebiet beratend zur Seite. Neben Tölcke verfügte in diesem Kreis Schröder, der schon an der gescheiterten Verbandsgründung 1872 beteiligt war, über die größte Erfahrung. Er hatte erkannt, daß die Knappschaftsfrage der geeignete Anknüpfungspunkt für die Mobilisierung der Bergarbeiter und eine daran anschließende Verbandsgründung war, da sich in diesem Punkt alle Bergarbeiter gleichermaßen angesprochen fühlten. In Abstimmung mit dem sozialdemokratisch beeinflussten „Sächsischen Bergarbeiterverband“ arbeitete man einen regelrechten „Feldzugsplan“ (A. Siegel) aus, der zunächst auf die Gewinnung der Knappenvereine im Essener und Dortmunder Revier abzielte; die Reviere Bochum und Gelsenkirchen konnten sich dann kaum noch der Bewegung entziehen. Auf den beiden Delegiertentagen im August 1888 und im Januar 1889, zu denen die Mehrzahl der Knappenvereine Repräsentanten entsandte, gelang es den Sozialdemokraten Schröder, Bunte, Brodam und Eckardt, neben der Knappschaftsreform die Notwendigkeit einer Bergarbeiterorganisation in den Vordergrund zu rücken. Man kam überein, eine verstärkte Versammlungstätigkeit zu entfachen, um die Bergarbeiter für dieses Vorhaben zu gewinnen. Die Agitation verlief außerordentlich erfolgreich, so daß bereits im April 1889 eine Einladung an Delegierte aus allen Bergbaugebieten Deutschlands zu einer Zusammenkunft am 2. Juni in Dorstfeld bei Dortmund erfolgen konnte, auf der die Gründung eines deutschen Bergarbeiterverbandes beschlossen werden sollte.

Doch inzwischen hatte die Unzufriedenheit der Bergarbeiter einen Siedepunkt erreicht. Obgleich Kohlenpreise und Unternehmergewinne ständig stiegen, erfolgte keine Lohnaufbesserung; vielmehr belasteten die Grubenbesitzer mit fortwährenden Überschichten die Bergarbeiter bis an die Grenze ihres physischen Leistungsvermögens. Spontan wurden auf Bergarbeiterversammlungen, die eigentlich der Propagierung des geplanten Verbandes dienen sollten, Lohn- und Arbeitszeitfragen diskutiert. Nach einigem Zögern setzten sich die Knappenvereinsvorstände an die Spitze der Bewegung. Ein Komitee, in dem Schröder und Bunte federführend tätig waren, legte einer Essener Bergarbeiterversammlung am 7. 4. 1889 folgenden Forderungskatalog vor:

- „1. Lohnzusatz von 15% für alle Bergarbeiter;
2. Abschaffung der Überproduktion durch über acht Stunden dauernde Arbeitszeit,
 - a) der Überarbeit von 1/4 bis 1/2 oder ganzer Schichten damit
 - b) Einführung der üblich gewesenen achtstündigen Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt.Ferner gealichte Wagen mit richtiger Maßangabe des Inhalts. Gute und gesunde Wetterführung, verdeckten Gang von Kaue zum Schacht und Liefern des Holzes in die Grube.“

Die Versammlung stellte sich einmütig hinter diese Forderungen, die durch eine Serie von Bergarbeiterversammlungen und die Verbreitung in der Presse bald zum Allgemeingut der Bergleute wurden; die vorhandene Unzufriedenheit war in eine klare Formulierung der gemeinsamen Interessen umgesetzt worden. Die Bergarbeiterführer rieten allerdings nachdrücklich von einem Streik ab. Da Organisation und Streikkasse fehlten, schien der Mißerfolg vorprogrammiert zu sein. Zudem fürchteten sie, daß die in greifbare Nähe gerückte Organisationsgründung durch einen Streik erstlich in Frage gestellt werden könnte. Als aber die Unternehmer die an sie gerichteten Verhandlungsangebote in arroganter Weise nicht beachteten, verstärkte sich die Kampfbereitschaft der Bergarbeiter. Auch hatte in den letzten Jahrzehnten gemeinsam erfahrene Not und Unterdrückung langsam ein Solidaritätsbewußtsein geschaffen, demgegenüber die immer noch vorhandenen Gegensätze innerhalb der Bergarbeiterschaft in den Hintergrund traten. Zwar existierte im Bergbau an der Ruhr nur eine schwache, mit vielen Mißerfolgen behaftete Streiktradition, doch die im Frühjahr 1889 stattfindenden Arbeitseinstellungen in der näheren Umgebung des Ruhrgebiets sowie der Streik im belgischen Bergbau wiesen die Bergarbeiter nachdrücklich auf diesen Weg der Interessenvertretung hin. So bedurfte es Ende April nur noch des überspringenden Funkens, um die angestaute Unzufriedenheit in eine gemeinsame Aktion umschlagen zu lassen.

Der Öffentlichkeit blieben die Prozesse, die zum Streikausbruch führten, weitgehend verborgen. Die wenig spektakuläre Entwicklung der Bergarbeiterbewegung – der letzte große Streik lag immerhin 17 Jahre zurück – waren nicht dazu geeignet, die tief verwurzelten Vorstellungen vom untertänigen Bergmann aufzubrechen. Selbst wohlinformierte Beobachter glaubten, daß eine solidarische Aktion an den Gegensätzen innerhalb der Bergarbeiterschaft scheitern müßte. So schrieb eine Zeitung des Zentrums, die Dortmunder „Tremonia“, noch am 10. 4. 1889: „Es hält gerade bei dem Bergarbeiterstande schwer, auch für die gerechtesten Forderungen auch eine imponierende Einheit zu erzielen.“ Dieses Urteil sollte sich bald als Fehlprognose erweisen.

Ausbruch und Verlauf des Streiks

Vorübergehende Arbeitsniederlegungen in Bochum und Essen bildeten das Vorspiel zum größten Massenstreik, den Deutschland im 19. Jahrhundert erlebte. Als am 4. Mai auf der Großzeche Prosper II in Gelsenkirchen wiederum die Schlepper und Pferdejungen in den Ausstand traten, schloß sich die übrige Belegschaft dem Streik an; daraufhin legten auch die Belegschaften der Nachbarzechen die Arbeit nieder. Mund-zu-Mund-Propaganda und die täglichen Streiknachrichten in den Zeitungen gaben den Anstoß zu einer raschen Ausbreitung des Ausstandes, so daß am 9. Mai etwa 70 000 der rund 104 000 an der Ruhr beschäftigten Bergarbeiter streikten. Zu Beginn des Streiks auftretende Ausschreitungen veranlaßten Polizei und Zechenverwaltungen, auf den Einsatz von Militär zu drängen. Die in Eilmärschen einrückenden Truppen unter General von Albedyll erfüllten im westfälischen Teil des Ruhrgebiets den kaiserlichen Befehl, „Ruhe und Ordnung unter allen Umständen herzustellen“, in gewohnter „schneidiger“ Manier. In den ersten Streiktagen forderte der rücksichtslose Schußwaffengebrauch mehrere Tote und eine Reihe von Verwundeten, darunter auch Frauen und Kinder. Die Bergarbeiter ließen sich aber durch dieses Vorgehen des Militärs nicht einschüchtern; weitere Arbeitseinstellungen wiesen vielmehr auf eine noch entschlosseneren Kampfbereitschaft hin. Das von Ausnahmen abgesehen disziplinierte Auftreten der Streikenden und die Einsicht in die Berechtigung ihrer Forderungen erweckten selbst in weiten Kreisen des Bürgertums Sympathien mit dem Aufbegehren der Bergarbeiterschaft.

Der spontan ausgebrochene Streik entbehrte in der ersten Woche einer einheitlichen Führung. Den Behauptungen aus dem Unternehmerlager, der Ausstand sei von der „Internationalen Sozialdemokratie“ geplant worden, fehlte jede Grundlage. Es waren gerade die sozialdemokratischen Bergarbeiterführer, die bis zuletzt von einem Streik abgeraten hatten. Die Streikorganisation vollzog sich zuerst auf der Belegschaftsebene. Jede Belegschaft wählte auf eigenen Versammlungen drei Delegierte, die gegebenenfalls Verhandlungen mit den jeweiligen Zechenverwaltungen führen sollten. Außerdem hatten sie neben der Verwaltung eingehender Spenden die Aufgabe, die Bergarbeiter der einzelnen Zechen bei lokalen und regionalen Versammlungen zu vertreten. Die Delegierten waren allerdings an die Beschlüsse der Belegschaftsversammlungen gebunden; bei Maßnahmen, die darüber hinausgingen, mußten sie aufs neue die Zustimmung der Belegschaft einholen. Zu den Delegierten zählten anerkannte, in den Knappenvereinen aktive Bergarbeiterführer wie Schröder, Siegel und andere, die zu Streikbeginn in den verschiedenen Revieren als Redner auftraten und so eine erste lose Verbindung unter den Zechenbelegschaften knüpften. Nachdem am 8. Mai in Dortmund erstmals eine Delegiertenversammlung auf lokaler Ebene stattgefunden hatte, bildete sich zwei Tage später während eines Bochumer Delegiertentreffens auf Initiative Fusangels ein zentrales Streikkomitee, das die Koordinierung des weiteren Vorgehens für das gesamte Ruhrgebiet übernahm. Dem Zentralstreikkomitee gehörten die sozialdemokratisch orientierten Bunte (Dortmund), Diekmann (Gelsenkirchen) und Müh-

lenbeck (Essen) sowie der christlich-sozial ausgerichtete Weber (Bochum) an. Bei der Zusammensetzung spielte das Bemühen um „ideologische Ausgewogenheit“ kaum eine Rolle; man legte vielmehr in erster Linie Wert auf eine gleichmäßige Vertretung der wichtigsten Reviere. Es existierte somit in der zweiten Streikwoche eine – wenn auch lockere – Organisationsstruktur, die die zentrale und lokale Ebene mit der des Betriebes verband und die dem Streik den notwendigen Rückhalt gab.

Das Komitee und die einzelnen Zechenbelegschaften stellten im allgemeinen dieselben Forderungen, die schon vor Streikbeginn formuliert worden waren. Hierauf reagierten die Unternehmer mit der gewohnt schroffen Ablehnung, wobei allerdings zunächst gewisse Unterschiede in der Vorgehensweise erkennbar waren. Während einige Zechenverwaltungen die Verhandlungsangebote von Seiten der Belegschaften mit der Entlassung der angeblichen Rädelsführer beantworteten, versprachen andere eine Lohnerhöhung, falls eine sofortige Wiederaufnahme der Arbeit voranginge. Diese Vorbedingung, die für die Bergarbeiter natürlich unannehmbar war, enthielt auch eine Erklärung, die der Bergbauverein im Namen aller Zechenbesitzer am 11. Mai abgab. Hierin lehnte man die Berechtigung der Bergarbeiterforderungen grundsätzlich ab und stellte lediglich in Aussicht, „nach Wiederaufnahme der Arbeit in der Lohnfrage berechtigten Ansprüchen entgegenzukommen“. Dieses völlig unbestimmte „Angebot“ war nur deshalb zustande gekommen, weil der Druck der Öffentlichkeit, die eindeutig auf Seiten der Bergarbeiter stand, sich verstärkte und die preußische Regierung am 9. Mai die vom Bergbauverein verlangte Verhängung des Belagerungszustandes abgelehnt hatte. Für die große Mehrheit der Bergwerksbesitzer beinhaltete die Erklärung nur ein taktisches Zugeständnis. Man war weiterhin entschlossen, es auf einen Machtkampf mit den Bergarbeitern ankommen zu lassen; durch ein Nachgeben fürchteten die Zechenbesitzer, ihre weitgehend unumschränkte Herrschaft einzubüßen. Der entschiedenste Vertreter dieser Position war der Vorsitzende des Krupp-Direktoriums Jencke, der auf der Vorstandssitzung des Bergbauvereins, am 11. Mai erklärte: „Geld kann ein Industrieller verlieren, aber auch wieder gewinnen – die Autorität nicht.“

Während sich damit die Fronten weiter verhärteten, erhielt der Streikverlauf völlig unerwartet eine spektakuläre Wende. Einen spontanen Einwurf aufgreifend, beschloß eine Dortmunder Bergarbeiterversammlung am 9. Mai, eine Delegation zum Kaiser zu entsenden. Diese in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung einmalige Aktion machte deutlich, daß bei einem Teil der Bergarbeiter die Bindungen an den Staat, die sich in der Zeit des staatlich kontrollierten Bergbaus herausgebildet hatten, noch nicht völlig abgerissen waren. Die zu Kaiserdeputierten gewählten Schröder, Bunte und Siegel standen dem Vorhaben zwar skeptisch gegenüber, sie konnten sich aber dem Druck der Bergarbeiter nicht entziehen. Außerdem riet Tölcke ihnen, dem Auftrag der Versammlung zu folgen, da ansonsten die Verhängung des Belagerungszustandes und eine damit einhergehende gewaltsame Unterdrückung des Streiks nicht auszuschließen sei.

Die rasche Genehmigung der Audienz, die für den 14. Mai angesetzt wurde, signalisierte die Bereitschaft des Staates, in den Konflikt einzugreifen. Nachdem die Regierung mit dem Militäreinsatz dem Willen der Grubenbesitzer gefolgt war, drängte sie nun auf deren Entgegenkommen, wobei unter dem Einfluß Bismarcks, der eindeutig der Unternehmenseite zuneigte, allerdings eine offene Stellungnahme ausblieb. Das staatliche Handeln war dabei wesentlich von der Furcht mitbestimmt, daß ein langanhaltender Streik die bei Wahlen im Ruhrgebiet bisher sehr unbedeutende Sozialdemokratie stärken könne. Bei der volkswirtschaftlichen Schlüsselstellung, die der Bergbau als Hauptenergielieferant innehatte, war dem preußischen Staat daran gelegen, einer solchen Entwicklung durch Vermittlungsversuche möglichst vorzubeugen. Zudem kokettierte Wilhelm II. in der Phase nach der Thronbesteigung mit Vorstellungen vom „sozialen Kaisertum“, die er nun in die Praxis umzusetzen hoffte. Welche Stellung unter diesem Kaisertum den Arbeitern vorbehalten bleiben sollte, beleuchtet ein wenig der Ablauf der Audienz.

In einer kurzen Rede zu Beginn des Zusammentreffens forderte Schröder die Wiedereinführung der früher üblichen Achtstundenschicht; daneben bat er den Kaiser, die Unternehmer durch persönliches Eingreifen zur Aufnahme von Lohnverhandlungen zu bewegen. Die Antwort Wilhelms II. zeichnete sich hingegen durch „Imperatorenhafte Schulmeisterei“ (W. Köllmann) aus. Den Vorhaltungen über die Nichteinbehaltung der Kündigungsfrist, dem Druck auf Arbeitswillige usw. stand allein die Zusicherung gegenüber, die Forderungen der Bergarbeiter zu prüfen. Die Audienz endete mit einem hysterischen Angriff auf die Sozialdemokratie, der nach den Erinnerungen Siegels in der Drohung gipfelte, „alles über den Haufen schließen (zu) lassen“, falls der Streik sozialdemokratisch beeinflusst sei.

Immerhin trug der Empfang dazu bei, daß der Vorsitzende des Bergbauvereins Hammacher und die Kaiserdeputierten am folgenden Tag mit dem „Berliner Protokoll“ einen Kompromiß aushandelten, der eine angemessene Lohnerhöhung, eine achtstündige Normalschicht ausschließlich Ein- und Ausfahrt und die Bildung von betrieblichen Arbeiterausschüssen, die eventuelle Überschichten genehmigen mußten, vorsah; zudem sollten die Grubenverwaltungen keinen Bergarbeiter aufgrund seines Streikverhaltens benachteiligen. Die Übereinkunft konnte allerdings nicht mehr als eine erste Verständigungsgrundlage sein, da keiner der Verhandlungsführer zu offiziellen Absprachen ermächtigt war. Besonders Hammacher nahm im Unternehmerlager mit seiner Verständigungsbereitschaft eine Außenseiterposition ein. So fand denn auch die Vereinbarung keine Mehrheit unter den Zechenbesitzern. Das kaiserliche Eintreten für das „Berliner Protokoll“, dessen Annahme er den Vertretern des Bergbauvereins während einer Audienz am 16. Mai empfahl, blieb wirkungslos. Erst der Streikausbruch im oberschlesischen Bergbauggebiet veranlaßte die Scharfmacher im Bergbauverein, am 18. Mai in Essen einer Erklärung zuzustimmen, in der im Vergleich zum „Berliner Protokoll“ die Einrichtung von Arbeiterausschüssen und somit eine Mitbestimmung der Bergarbeiter in der Überschichtenfrage abgelehnt wurde. Dennoch akzeptierte eine Delegiertenversammlung am 19. Mai, auf



Kaiser Wilhelm II. empfängt am 14. 5. 1889 die drei Deputierten der streikenden Ruhrbergleute, Fritz Bunte, Ludwig Schröder und August Siegel (s. dazu S. 130)

der rund 160 Belegschaften vertreten waren, nach heftiger Diskussion die Essener Erklärung und beschloß die Wiederaufnahme der Arbeit zum 21. Mai, wobei die Kaiserdeputierten, die nun neben dem Zentralstreikkomitee quasi eine zweite zentrale Führungsgruppe bildeten, ihr hohes Ansehen für die Beendigung des Streiks in die Waagschale warfen. Sie sahen keinen Weg mehr, bessere Bedingungen durchzusetzen, da in den vorhergehenden Tagen bereits ein Viertel der Streikenden im Vertrauen auf eine baldige Lösung wieder angefahren war, nachdem der Streik am 14. Mai mit rund 90 000 Ausständigen seinen Höhepunkt erreicht hatte.

Als aber am 21. Mai die Bergarbeiter zur Schicht erschienen, zeigte sich, daß kaum eine Zechenleitung die Absprache einhielt; stattdessen mußten in vielen Fällen die Belegschaftsdelegierten ihre Entlassung hinnehmen. Darauf streikten die meisten Belegschaften weiter, neue Verhandlungen fanden statt. Ein erneuter Streikbeschluß am 24. Mai, der nur eine knappe Mehrheit fand, konnte nicht mehr durchgesetzt werden, da sich nach der langen Streikdauer die Notlage der Bergarbeiterfamilien zunehmend verschärfte. Auch gingen die Behörden jetzt rigoros vor; die Polizei verhaftete vorübergehend das Zentralstreikkomitee und eine Anzahl von Delegierten, eine Welle von Hausdurchsuchungen setzte ein. Obwohl die Streikführer bewußt keine politischen Äußerungen abgegeben hatten und sich die sozialdemokratisch orientierten Bergarbeiterführer in der Regel kompromißbereit zeigten, machte man eine verstärkte sozialdemokratische Agitation und nicht den Wortbruch der Unternehmer für den Fortgang des Streiks verantwortlich. Zudem akzeptierte nun eine Reihe von Zechenleitungen vorläufig neue Arbeitsbedingungen, wodurch ihnen eine Spaltung der Streikbewegung gelang. In dieser Situation blieb den noch streikenden Bergarbeitern nichts anderes übrig, als sich dem Ultimatum der Unternehmer zu unterwerfen, das eine endgültige Wiederaufnahme der Arbeit bis zum 31. Mai verlangte.

Gewerkschaftsgründung und -entwicklung

Der Ausgang des Streiks führte dennoch zu keinem Rückschlag in der Entwicklung der Bergarbeiterbewegung. Vielmehr verstärkte die Empörung der Bergarbeiter über weitere Maßregelungen und die weitgehend ausbleibende Verbesserung der Arbeitsbedingungen den Ruf nach einem einheitlichen Bergarbeiterverband. Wie schon beim Streik 1872 wurde der enge Zusammenhang von Arbeitskampf und Organisationsbestrebungen sichtbar. Stand vor dem Mai 1889 noch ein beträchtlicher Teil der Bergarbeiter der geplanten Verbandsgründung desinteressiert gegenüber, konnte sie nach dem Streikende mit der Unterstützung einer breiten Mehrheit vorangetrieben werden. Die Kaiserdelegierten, die auch ihre Kündigung erhalten hatten, übernahmen seit der Auflösung des Zentralstreikkomitees vorerst die Führungsrolle. Sie wollten ohne Berücksichtigung der im Streik entstandenen Organisationsformen bruchlos die vorher existierenden Pläne wiederaufnehmen, weshalb sie zu der auf den 18. August verschobenen Delegiertenversammlung nur Vertreter der Knappenvereine einluden. Schröder befürchtete wohl, daß ein enger Zusammenhang zwischen Verbandsgründung und Streik, der bei einer Teilnahme von Belegschaftsdelegierten erkennbar geworden wäre, die Behörden zu einer Ablehnung der Statuten bewegen könnte. Gegen den beabsichtigten Ausschluß der Zechendelegierten legten die Bergarbeiterführer des Bochumer und Gelsenkirchener Reviers einen massiven Protest ein. Da in dieser Region kaum Knappenvereine vorhanden waren und Neugründungen einige Zeit in Anspruch genommen hätten, war eine angemessene Vertretung dieser Reviere so gut wie ausgeschlossen. Daneben mißtrauten viele Bochumer und Gelsenkirchener Delegierte den eher traditionsgebundenen Knappenvereinen. Der neue Verband sollte nach ihren Vorstellungen eine eigenständige Organisation mit eindeutig gewerkschaftlicher Zielsetzung sein, die auf die im Streik entstandene Organisationsstruktur aufbaute. Die aufgetretenen Meinungsunterschiede besaßen aber kaum einen partypolitischen Hintergrund – auch die Sozialdemokraten bildeten keinen geschlossenen Block –, sondern sie waren primär ein Produkt der verschiedenen Erfahrungen, die die einzelnen Kontrahenten in der Bergarbeiterbewegung gesammelt hatten. Während z. B. Schröder noch die nicht zuletzt am Einspruch der Behörden gescheiterten Gründungsversuche der 1870er Jahre vor Augen hatte, waren die Belegschaftsdelegierten des Bochumer und Dortmunder Reviers – beide Reviere spielten lange Zeit nur eine sehr untergeordnete Rolle in der Bergarbeiterbewegung – durch die Streikerfahrung geprägt. Die „Firma“ Schröder, Bunte und Siegel lenkte schließlich angesichts einer drohenden Gegengründung ein; das Treffen am 18. August besuchten rund 200 Delegierte, die 44 Knappenvereine und 66 Zechen vertraten. Der neuentstandene „Verband zur Wahrung und Förderung bergmännischer Interessen in Rheinland und Westfalen“ war somit ein Ergebnis der Aktivitäten der „alten“, maßgeblich von den Knappenvereinen getragenen Bergarbeiterbewegung und des Streiks von 1889. Die einstimmige Annahme eines behördlich genehmigten Bochumer Statutenentwurfs und der Verlauf des Delegiertentages offenbarte, daß hinter den vorangegangenen Streitigkeiten keine unüberbrückbaren Gegensätze verborgen waren.

Nach den Statuten lagen die Hauptaufgabenbereiche des Verbandes in der „Förderung der geistigen, gewerblichen und materiellen Interessen seiner Mitglieder“. Obgleich man damit an die Tradition der älteren Arbeiterbildungsvereine anknüpfte, konnte über den eindeutig gewerkschaftlichen Charakter des Verbandes kein Zweifel herrschen. Weiterhin war man bestrebt, die künftige Vereinsarbeit nicht mit religiös-politischen Auseinandersetzungen zu belasten; das Statut enthielt deshalb die kategorische Bestimmung: „Religion und Politik sind in jeder Hinsicht total ausgeschlossen“. Die Organisationsstruktur dokumentierte darüberhinaus, daß mit der Verbandsgründung ein neues, von alten Querelen möglichst unbelastetes Stadium in der Entwicklung der Bergarbeiterbewegung eingeleitet werden sollte. Die neue Organisation stützte sich nicht mehr auf Knappenvereine oder Zechen, sondern sie basierte nun, wie es in anderen Gewerkschaften üblich war, auf örtlichen Zahlstellen, die auch die Delegierten für die jährlichen Verbandsversammlungen bestimmten.

Die auf dem Delegiertentag beschworene Einheit erwies sich schon bald als Illusion. Als es sich vor den Vorstandswahlen im Oktober immer klarer abzeichnete, daß keine eindeutig christlich-sozial ausgerichtete Verbandsführung zu erwarten war, sah der Verband sich heftigen Angriffen von Seiten der Zentrumspresse ausgesetzt. Sie warf ihm vor, unter dem Einfluß unqualifizierter Umstürzler – sprich Sozialdemokraten – der Sache der Bergarbeiter-schaft nur Schaden zuzufügen. Obwohl Schröder und Siegel, nachdem die „Tremonia“ ihre Parteiliederschaft publik gemacht hatte, ihre Kandidatur zurückgezogen und der gewählte Vorstand sich zunächst um die strikte Einhaltung der politischen und religiösen Neutralität bemühte, bewiesen die fortwährenden Attacken und Verdächtigungen durch die Zentrumspresse, daß die christlich-sozialen Führer nicht bereit waren, im Interesse einer schlagkräftigen Bergarbeiterbewegung mit Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten. Der alte Gegensatz, den der Streik nur äußerlich überdeckt hatte, war damit in verschärfter Form wieder aufgebrochen.

Trotz dieser Kampagne, die die Mitgliederwerbung unter den katholischen Bergarbeitern natürlich beeinträchtigte, nahm der Verband in seiner Anfangszeit einen rasanten Aufschwung. Hieran änderte auch die Anfang 1890 erfolgende erste christliche Gegengründung nichts. Der von Fusangel, Lensing und Stötzel initiierte „Rheinisch-Westfälische Bergarbeiterverein Glück-Auf zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund“ führte nur ein Schattendasein und mußte 1892 eingestellt werden. Demgegenüber zählte der Freie Bergarbeiterverband bereits Ende 1889 16 900 Mitglieder. Die Anfangserfolge begünstigten die schnelle Ausweitung des Verbandes auf ganz Deutschland. Nach seiner Gründung im September 1890 in Halle gehörten dem gesamtdeutschen „Verband deutscher Bergleute“, dessen Schwerpunkt weiterhin im Ruhrgebiet lag, 58 000 Bergarbeiter an, womit er zur mitgliederstärksten Gewerkschaft Deutschlands aufgestiegen war.

Die schweren Belastungen, die in den nächsten Jahren auf den „Alten Verband“ – dieser Name bürgerte sich nach der christlich-sozialen Gegen-

gründung ein – zukamen, erwiesen aber, daß die Organisation noch nicht so stark in der Bergarbeiterschaft verankert war, wie es die hohen Mitgliederzahlen der Anfangszeit anzudeuten schienen. Seit 1891 geriet der Verband in eine sich immer mehr verschärfende Krise, die seinen Bestand bis in die Grundfesten erschütterte und auf deren Höhepunkt 1895 er nur noch über 5 000 Mitglieder verfügte. Für diesen Niedergang gab es eine Vielzahl von Ursachen, von denen hier nur die wichtigsten kurz angeführt werden können.

Das von 1891 bis 1894 währende Konjunkturtief verschlechterte fühlbar die Ausgangslage für erfolgreiche gewerkschaftliche Kampfaktionen. Daneben traf der „Alte Verband“ auf einen organisatorisch gestärkten Gegner. Fast alle Zechen hatten sich nämlich 1890 als Reaktion auf den Streik und die Verbandsgründung im Ausstands-Versicherungs-Verband zusammengeschlossen. Mit fortgesetzten Maßregelungen und Schikanen gegen gewerkschaftlich engagierte Bergarbeiter unterstrichen die Unternehmer, die nun auch wieder vielfach in den Bergbaubehörden Verbündete fanden, ihren Herrschaftsanspruch. Während die Gegenseite sich noch einheitlicher formierte, konnte der „Alte Verband“ seinen Mitgliederzuwachs nicht fortsetzen, wobei die Angriffe von christlich-sozialer Seite und die seit Anfang 1890 immer eindeutiger Orientierung des Verbandes an der Sozialdemokratie eine maßgebliche Rolle spielten. Er konnte damit kaum unter christlich-sozial ausgerichteten Bergleuten Anhänger gewinnen. Außerdem hatten für viele politisch unentschiedene Bergarbeiter weitgehende Verbandsforderungen wie z. B. die Überführung der Bergwerke in genossenschaftliches Eigentum einen zu revolutionären Beigeschmack. Dennoch hing der Niedergang weniger mit der sozialdemokratischen Orientierung des „Alten Verbandes“ zusammen, als vielmehr mit den gescheiterten Streiks von 1891 und 1893. Im Frühjahr 1891 rief die Verbandsführung trotz der beginnenden Wirtschaftskrise einen Streik aus, an dem sich nur rund 19 000 Bergarbeiter beteiligten. Ein überstürzt initiiertes Sympathiestreik mit den saarländischen Bergleuten Anfang 1893 schlug sogar völlig fehl. Entscheidenden Anteil am Scheitern der Streiks hatte neben der mangelhaften Organisation und dem erbitterten Widerstand der Unternehmer die völlige ablehnende Haltung der Christlich-Sozialen. Die Mißerfolge ließen bei vielen Bergarbeitern starke Zweifel am Nutzen gewerkschaftlicher Tätigkeit aufkommen und führten zu einem drastischen Mitgliederschwund. 1895 versuchte dann die Justiz, den schwer angeschlagenen Verband durch den Essener Meineidsprozeß endgültig zu lähmen. Neben vier weiteren Gewerkschaftsmitgliedern waren mit Schröder, Meyer und Gräf die führenden Vorstandsmitglieder angeklagt. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie und den mit ihr verbundenen „Alten Verband“ bestimmten den Prozeßverlauf, so „bewies“ der Staatsanwalt seine haltlose Anklage vorrangig mit der sozialdemokratischen Überzeugung der Verbandsführer:

„Diese Leute predigen: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Aus diesem Grundsatz heraus sind die Meineide entstanden, die hier vor Ihren Augen erörtert worden sind. Meine Herren Geschworenen, denken Sie an so manchen Streik.“

Das Gericht folgte der Argumentation des Staatsanwaltes und verurteilte z. B.

Schröder zu 2½ Jahren, Meyer und Gräf zu 3½ Jahren Zuchthaus, die diese auch absitzen mußten. Dieses politisch motivierte Urteil, das erst 16 Jahre später aufgehoben wurde, und das drakonische Strafmaß verfehlten aber die beabsichtigte Wirkung. Eine Welle der Solidarität mit den unschuldig Verurteilten setzte ein, die dem „Alten Verband“ neue Mitglieder zuführte und die Verbandsarbeit wieder aktivierte. Begünstigt durch den Konjunkturaufschwung und die allgemeine Aufwärtsentwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung nach 1895 begann eine Reorganisation des Verbandes. Um die Jahrhundertwende hatte er sich bei ständig ansteigenden Mitgliederzahlen endgültig konsolidiert.

Allerdings war ihm in dem 1894 gegründeten „Gewerkverein christlicher Bergarbeiter für den Oberbergamtsbezirk Dortmund“ ein ernsthafter Rivale herangewachsen, der zwar nicht ganz seinen Mitgliederbestand erreichte, auf den er in seiner Tätigkeit aber immer Rücksicht nehmen mußte, da ohne die Angehörigen des Gewerkvereins z. B. kein umfassender Streik durchzuführen war. Zeigte demnach die weiterbestehende religiös-politische Spaltung der Bergarbeiterbewegung, daß es in der Zeit nach 1889 nicht gelungen war, den im Streik entstandenen Willen zur Einheit dauerhaft zu machen, so dürfen doch nicht die entscheidenden Impulse vergessen werden, die der gemeinsame Kampf von 1889 der Bergarbeiterbewegung gegeben hat und die in der Gründung der ersten beständigen Bergarbeitergewerkschaft ihren organisatorischen Niederschlag fanden.

Bergarbeiter und Sozialdemokratie nach 1889

Der Streik leitete bei einem Teil der Bergarbeiter einen Politisierungsprozeß ein, der in dem aufsehenerregenden Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie an der Ruhr während der Reichstagswahlen 1890 seinen Ausdruck fand. Die lange Arbeit sozialdemokratischer Bergarbeiterführer zahlte sich erstmals auch für ihre Partei aus. Sie hatten sich in den 1870er und 1880er Jahren primär um eine gewerkschaftliche Organisation bemüht, wobei sie im allgemeinen ihre Parteimitgliedschaft in den Hintergrund treten ließen. Der geplante Bergarbeiterverband sollte nicht an den antisozialistischen Vorurteilen der Bergleute oder einem eventuellen Verbot aufgrund des Sozialistengesetzes scheitern. Nach der erfolgten Gewerkschaftsgründung beteiligten sie sich verstärkt an der Parteiarbeit und traten z. B. häufig als Redner auf sozialdemokratischen Wahlversammlungen auf (vgl. Dokument 1.13). So stammte Anfang der 1890er Jahre fast die Hälfte der sozialdemokratischen Agitatoren im Regierungsbezirk Arnsberg aus der Bergarbeiterschaft (vgl. Dokument 3.1). Nicht wenige von ihnen hatten die dazu notwendigen Fähigkeiten während des Streiks erworben.

Das entschiedene Eintreten der sozialdemokratischen Bergarbeiterführer für die Interessen der Bergleute, das sie oftmals mit der Entlassung bezahlen mußten, bewirkte einen langsamen Abbau der antisozialdemokratischen Vorbehalte bei einer ständig steigenden Zahl von Bergarbeitern. Zudem prägte sich durch das rigorose Vorgehen der Bergwerksbesitzer nach dem Streik der bestehende Klassengegensatz tiefer in das Bewußtsein vieler Bergleute ein. Auch schwanden zunehmend die noch bestehenden Hoffnungen, die man lange Zeit in den Staat gesetzt hatte; sein sozialpolitisches Eingreifen, wie es z. B. in der preußischen Berggesetznovelle von 1892 zum Ausdruck kam, blieb weit hinter den Erwartungen der meisten Bergarbeiter zurück.

Die Gewinne der Sozialdemokratie an der Ruhr bei den folgenden Reichstagswahlen, die sie im beträchtlichen Maße den Bergleuten verdankte, belegen den sich vollziehenden Bewußtseinswandel. Dabei zeigte die Reichstagswahl 1893, daß nicht die sozialdemokratische Orientierung den zeitweiligen Niedergang des „Alten Verbandes“ verursachte, denn die SPD konnte z. B. im Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen ihren Stimmenanteil von 14,9% aus dem Jahre 1890 auf 29,6% und im Wahlkreis Dortmund-Hörde von 26,7% auf 33,8% steigern. Diese Ergebnisse weisen eindeutig auf eine Zunahme der Bergarbeiterstimmen für die SPD hin, während der „Alte Verband“ gleichzeitig seinen stärksten Mitgliederschwund zu verzeichnen hatte. Offensichtlich räumte ein beträchtlicher Teil der Bergarbeiter zu diesem Zeitpunkt der politischen einen klaren Vorrang vor der gewerkschaftlichen Interessenvertretung ein. Nach der Jahrhundertwende votierte die Bergarbeiterschaft und damit die das Ruhrgebiet prägende Arbeitergruppe mehrheitlich für die SPD.

Allerdings wählten die katholischen christlich-sozialen Bergleute weiterhin das Zentrum. Während die SPD in den Wahlkreisen Dortmund-Hörde und

Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen ihre Hochburgen hatte, konnte das Zentrum aufgrund der Bergarbeiterstimmen lange Zeit den Wahlkreis Essen halten. Ein Wechsel vom christlich-sozialen Lager in das sozialdemokratische, wie ihn das Vorstandsmitglied des „Alten Verbandes“ Meyer 1890 vollzog, blieb die Ausnahme. Die christlich eingestellten Bergleute bildeten im Ruhrgebiet auch über die Jahrhundertwende hinaus eine beachtliche Minderheit innerhalb einer nun mehrheitlich sozialdemokratisch orientierten Bergarbeiterschaft.

Die sich abschließend aufdrängende Frage, inwieweit spezifisch bergarbeiterliche Interessen und Denkstrukturen den Kurs der Sozialdemokratie an der Ruhr nach 1889 bestimmten, muß offen bleiben. Die bisher vorliegenden Forschungsergebnisse tragen in diesem Punkt häufig noch den Charakter von Vermutungen und bedürfen einer Überprüfung durch exaktere Einzeluntersuchungen. Auf jeden Fall waren auch die sozialdemokratischen Bergarbeiter keine homogene Gruppe innerhalb der Gesamtbergarbeiterschaft. Dies verhinderte allein schon die nach 1890 unvermindert anhaltende Zuwanderung aus dem Osten. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß unter anderem die fehlende Homogenität der Bergarbeiterschaft die Mehrheit der sozialdemokratischen Bergarbeiterführer an der Ruhr veranlaßte, eine taktisch behutsame Reformpolitik zu betreiben und dabei das Ziel einer tiefgreifenden Gesellschaftsveränderung zu vernachlässigen.